

Die wirtschaftliche Annäherung der Mittelmächte.

Von Josef Vágó.

Budapest, 3. November.

Die Kritik, der die Idee eines Mittelmächtezollbündnisses von Professoren und Praktikern auch bisher unterzogen wurde, erfährt eine lehrreiche und willkommene Ergänzung und Bereicherung durch das jüngste Heft des „Deutschen Vereins für Sozialpolitik“, worin die Debatte in der Sitzung des Ausschusses vom 6. April über die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reich und seinen Verbündeten wiedergegeben ist.

Das im ganzen 127 Seiten starke Protokoll kann allen sich für handelspolitische Zukunft interessierenden Fachleuten, Politikern, aber auch Laien wie eine Sensationslektüre empfohlen werden. Gelehrte vom Range kommen da zum Worte, die in intimer Weise die letzten Schlüsse ihrer eingehenden Studien mit Scharfsinn und in knapper Form darstellen. Vieles wird im gesprochenen Worte prägnanter herausgearbeitet als in umfassenden Studien, wie solche vom Verein für Sozialpolitik übrigens bereits in den vorhergehenden zwei Bänden herausgegeben wurden.

In der Vorrede des Heftes entschuldigt Professor Gustav Schmoller sein Fernbleiben von den Verhandlungen des Vereinsausschusses mit dem Umstande, nicht frisch genug gewesen zu sein, um selbst in die Wechselrede einzugreifen. Dies fühlt man leider auch seinem Vorwort nach. Wie wenn an dem gelehrten alten Herrn der Volkswirtschaftswissenschaft die Ausführungen seiner jüngeren Kollegen eindrucklos vorübergezogen wären, hält er an seinem früheren Standpunkte fest, unbefürchtet um die seiner Verwirklichung im Wege stehenden Hindernisse, wie auch um die bedeutenden handelspolitischen Belange, die eben deutscherseits selbst milderer Formen eines zollpolitischen Zusammenschlusses widersprechen.

Die hierauf folgende Aussprache gliederte der Vorsitzende in gewandter Weise nebst einer Generaldebatte in eine viergeteilte Spezialdebatte. Die erstere wurde vom Brünner Volkswirtschaftler Spann eingeleitet, der sich in der Hauptsache mit den Arbeiten der Professoren Eulenburg und Schumacher, die das engere Wirtschaftsbündnis in Form einer Zollunion entschieden bekämpfen, von einem spezifisch österreichisch gemollten Standpunkte aus befaßte. Der gründlichen Sachkenntnis seiner Widersacher wußte er jedoch nur seine schmerzlichen Gefühle darüber entgegenzustellen, daß es gelehrte und gutgesinnte deutsche Männer gibt, die einfach rund heraus gegen die Zollvereinigung auftreten. Die eiserne Notwendigkeit des Deutschen Reiches, Waren bis zum Werte von etwa zehn Milliarden Mark jährlich auszuführen, wird vom „spezifisch österreichischen Standpunkte aus“ als ein schwebendes geschäftliches Augenblicksproblem hingestellt, gegen das Spann Einsprache erhebt. Seine weiteren Ausführungen sind übrigens von einem Optimismus getragen, der sich ganz sonderlich von dem Ansinnen des anderen österreichischen Sitzungsteilnehmers Ludo Hartmann abhebt, wonach die Industrie Oesterreichs von Deutschland gewissermaßen in Entreprise zu nehmen wäre; übrigens verlangt auch Spann Zwischenzölle zum Schutze schwächerer österreichischer Industriezweige, nur vergißt er sich die Frage vorzulegen, was für zollpolitische Folgen ein Außenzolltarif dann zeitigen wird, der Zollsätze erstellen muß, die jedenfalls den Zwischenzoll an Höhe übertreffen. Schließlich mündete sein Vortrag in der Feststellung: Wir werden zwar geschädigt — aber wir wollen den Zollverein aus nationalen Gründen doch!

Es ist leicht begreiflich, daß die folgenden Redner für solche nationalpolitische Forderungen ohne wirtschaftliche Unterlage wenig übrig hatten. Professor Diehl machte auch kein Hehl daraus, daß seiner Meinung nach das Problem des Zollbundes mit nationalem Pathos, mit nationaler Begeisterung oder mit deutsch-österreichischer Freundschaft gar nichts zu tun hat. Er regte vielmehr den Gedanken an, die über die wirtschaftliche Annäherung bisher herausgebrachten Bände mit noch einem zu ergänzen, worin die enorm wichtige Valutafrage von mehreren Sachkennern behandelt werde, denn er ist der Meinung, daß die tief gesunkene Valuta Deutschlands nur viel schwerer in die Höhe gebracht werden kann, wenn das gemeinsam mit Oesterreich-Ungarn gemacht wird. Auch D. Pierstorff hält den Zollverband für nicht möglich, wie er selbst für die Zwecke wirtschaftlicher Annäherung auch nicht notwendig sei. Er erinnert an die Absichten unserer Feinde, den deutschen Export zu differenzieren, welcher Gefahr mit aller Kraft vorgebeugt werden muß. „Wie wollen wir aber unsere Forderung durchsetzen, wenn wir selbst die anderen Staaten gegenüber Oesterreich-Ungarn differenzieren? Oesterreich-Ungarn und Deutschland sind doch genau so zwei verschiedene Staaten wie alle anderen. Mit welchem Rechte wollen wir fordern, daß die anderen Staaten uns nicht differenzieren, wenn wir anfangen, im Verkehr mit Oesterreich-Ungarn Differentialzölle einzuführen?“

M. Loß kann sich ein engeres Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn auf wirtschaftlichem Gebiete nur als sehr stark schutzdöllnerisch und auf die Basis der Selbstgenügsamkeit in agrarischer Hinsicht loszuernend vorstellen und er stellt dann die etwas skeptische Frage, ob diese Basis klimatisch nicht zu schmal sei, um eine reichliche dort lebende Bevölkerung zu ernähren.

Gotheins ablehnender Standpunkt in dieser Frage ist viel zu bekannt, um hier seine größtenteils wiederholten Ausführungen nochmals wiederzugeben.

Wenig interessant waren die Auseinandersetzungen Ludo Hartmanns, der sich auch nicht kompetent fühlte, über das objektiv Wissenschaftliche zu reden und es bedauerte, daß einige, die in Oesterreich die Sache (der Zollannäherung) in der Hand haben, nicht anwesend waren, denn die könnten gewiß genauer Auskunft geben als er. Es ist jedenfalls bemerkenswert, daß er es gut gefunden hat, uns ungarische Teilnehmer an verschiedenen deutsch-ungarisch-österreichischen wirtschaftlichen Zusammenkünften dahin anzuschwärzen, daß wir mit der Vorspiegelung, Freunde der Annäherung zu sein, den Hintergedanken hätten, die Bewegung in die Hand zu bekommen, um sie möglichst zu verwässern. Ob es wohl angebracht war und ob es wohl Sympathien für die Deutschen Oesterreichs zeitigen wird, dies gerade vor den uns Ungarn gleichgesinnten deutschen Gelehrten zu tun, soll dahingestellt bleiben.

Max Weber beleuchtete die Frage vom politischen Standpunkte und wies auf die handelspolitischen Schwierigkeiten hin, die die Angleichung Polens beiden Mittelmächten bereiten würde. Für ihn sind übrigens zwei Fragen ausschlaggebend: 1. Wie will Oesterreich-Ungarn seine Währung so gestalten, daß überhaupt von einem Zollbündnis die Rede sein kann? 2. Wie will Oesterreich die Ungarn dazu bringen, daß sie sich auf irgendein ernsthaftes, dauerndes Übereinkommen einlassen? Als eragestandenermaßen Nichtfachhandelspolitiker glaubt er dennoch die Eventualität ins Auge fassen zu müssen, daß von den Regierungen aus politischen Gründen ein zollpolitisches „Mittleuropa“ gemacht werden muß. Vor diese Eventualität gestellt sehen sich so manche Politiker, die gegenüber einem Zusammenschluß der Viermächte keinen anderen Ausweg als den des zollgeeinten Mittleuropa sich vorstellen können. Diese Vorstellung ist schon deshalb falsch, weil die Centralmächte in diesem Falle umso größeres Gewicht auf die besten Handelsbeziehungen mit den neutralen Staaten legen müssen, folglich auch auf zollpolitischem Gebiete alles aufzubieten haben, um auf den neutralen Märkten wenigstens die Meistbegünstigung zu erlangen. Dies ist aber nur gegen die unsererseits gewährte Meistbegünstigung zu erreichen, was jedoch Differentialzölle oder sonstige Zollbegünstigungen jeder Art ausschließt.

Es würde zu weit führen, ebenso eingehend über die Spezialdebatte zu referieren, die zwar vieles Neue brachte, aber an dem ablehnenden Gesamteindruck des Sitzungsverlaufes nichts änderte. Max Weber, M. Loß, Gothein, Ballod, Eulenburg, Hartmann, Bierstorff, D. Spann, L. Singheimer erörterten die mutmaßlichen Gestaltungen der wirtschaftlichen Beziehungen der Mittelmächte zum feindlichen Auslande nach dem Kriege, wie auch den eventuell nachdauernden Handelskrieg mit Bezug auf das Wirtschaftsbündnis. Dann wurde die Konkurrenz der verbündeten Reiche auf den Orientmärkten besprochen, wobei die österreichischerseits aufgestellte Forderung: Deutschland möge zugunsten Oesterreich-Ungarns seinen Wettbewerb im Orient etwas einschränken, oder sogar den Platz einigermaßen räumen, so ziemlich ins Lächerliche gezogen wurde. Gegen diese Zumutung verwahrte sich hauptsächlich Kurt Wiedenfeld. Auch Eulenburg erklärte dieses Vorhaben als ein Ding der Unmöglichkeit.

Den letzten Punkt der Aussprache bildeten die verkehrspolitischen Mittel zum Zwecke der Annäherung. Schon der Vorsitzende Heinrich Hertner gab seinen Zweifeln darüber Ausdruck, ob im Frieden dem sogenannten trockenen Wege Berlin-Bagdad die Bedeutung zukomme, die dieser Bahnverbindung im Verlaufe des Krieges so oft nachgerühmt wird. Er weist darauf hin, daß auf der Strecke Bagdad-Berlin — also 4000 Kilometer — die Tonne billigstens zum Sage von 33-20 Mark verfrachtet werden kann (ein Satz, der von anderen Teilnehmern als entschieden viel zu gering angesehen wurde), während sich die Seefracht einer Tonne zwischen Hamburg und Koweit, obwohl es sich da um einen Weg von 13.000 Kilometern handelt, nur auf 13 Mark beläuft. Ballod, Wiedenfeld und Gothein verhielten sich auch bezüglich dieser Frage äußerst skeptisch. A. v. d. Legen beschränkte sich in seinen Ausführungen auf die Verkehrsbeziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland. Er bejaht unbedingt die Frage, ob eine wesentliche Annäherung in den Eisenbahntarifen auch ohne immigeren Zollanschluß zu erreichen ist. Er gibt zwar zu, daß schon die einheitliche Güterklassifikation große Schwierigkeiten bereiten würde und die Erstellung eines einheitlichen Gütertariifs noch schwieriger sein dürfte, trotzdem glaubt er hoffen zu können, daß man sich auch diesbezüglich verständigen könnte. Auch er lehnt aber Projekte, wie beispielsweise das einer deutsch-österreichisch-ungarischen Vertriebs- und Finanzgemeinschaft, als zu phantastisch entschieden ab.

Trotz des hohen Niveaus, auf dem die verkehrspolitische Annäherungsfrage im Vereins für Sozialpolitik verhandelt wurde, mußte sie vollkommen unfruchtbar verlaufen, weil die wichtigste aller hierauf bezüglichen Fragen gar nicht angeschnitten wurde. Es wurde nämlich nicht einmal die Frage aufgeworfen, wie die Erstellung der gemeinschaftlichen Eisenbahntarife grundsätzlich zu erfolgen habe: mit Aufgabe des kilometrischen deutschen Systems oder mit der Annahme des ungarischen Staffeltarifsystems, was für uns eine kategorische Voraussetzung jedweder tarifarischen Annäherung sein muß.

Es ist noch zweier Nachworte zu gedenken, die dem Geste angegliedert sind, eines von M. Hainich, einem jener Oesterreicher, die diese Frage dort in der Hand haben, und das andere vom Prager Hochschullehrer A. Spiehoff. Neues wußten auch diese Herren diesem so ziemlich abgedroschenen Thema nicht abzugewinnen.